Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8975**

14. Wahlperiode 07. 05. 2002

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/8827 –

Pfingsttreffen von Vertriebenenverbänden, Förderung aus dem Bundeshaushalt und rechtsextremistische Umtriebe auf diesen Treffen

Vorbemerkung der Fragesteller

Jedes Jahr veranstalten Vertriebenenverbände in Zeitraum Mai bis Juli so genannte Pfingsttreffen, Festveranstaltungen mit zentraler Bedeutung für den jeweiligen Verband. Jahr für Jahr sind diese Pfingsttreffen nicht nur Sammelpunkte für Mitglieder dieser Verbände, sondern auch Anziehungspunkte für zahlreiche Rechtsextremisten, ihre Parteien und Organisationen, die in diesen Vertriebenenverbänden eine „Massenbasis“ für rechtsextremistische, geschichtsrevisionistische und fremdenfeindliche Propaganda sehen.

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der PDS „Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien“ (Bundestagsdrucksache 14/8604) legte die Bundesregierung kürzlich Erkenntnisse über solche rechtsextremistischen Aktivitäten im Umfeld der Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien vor. So habe es in den letzten Jahren auf Deutschlandtreffen der Schlesier wiederholt Stände rechtsextremistischer Organisationen oder Zeitungen gegeben. Neben der Wochenzeitung „Der Schlesier“ – so die Bundesregierung in ihrer Antwort – nahm der rechtsextremistische „Zentralrat der vertriebenen Deutschen“ an den Deutschlandtreffen der Schlesier wiederholt mit Ständen teil. Über Reaktionen der Organisationen sei nichts bekannt – offenbar auch nicht über Versuche der Landsmannschaft Schlesien, dies zu unterbinden.

Ebenso habe die NPD in ihrem Parteiorgan „Deutsche Stimme“ auf die Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien hingewiesen. Die rechtsextremistische „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) habe zu dem letzten Treffen im Juli 2001 in Nürnberg eine Gemeinschaftsfahrt unternommen. Die Wochenzeitung „Der Schlesier“ rufe regelmäßig zur Teilnahme an den Treffen auf. Der Bundesregierung sei nicht bekannt, ob diese Veröffentlichungen im Einvernehmen mit der Landsmannschaft Schlesien erfolgt sind.

Der Berliner Politologie-Professor Hans-Gerd Jaschke beschrieb in der Sendung „Monitor“ vom 26. Juli 2001 diese Entwicklung wie folgt: „Kreise wie die NPD und andere rechtsextreme Organisationen agieren in die Vertriebenenverbände hinein mit jüngeren Funktionären. Und die Verbandsspitze scheint diese Entwicklung zu dulden oder nicht zur Kenntnis zu nehmen. Und

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 2. Mai 2002 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

dadurch entsteht eine neue Plattform, ein neues – sagen wir mal – Bündnis durchaus zwischen Vertriebenenverbänden, Teilen der Vertriebenenverbände, Teilen der nachwachsenden Generation in den Vertriebenenverbänden und dem Rechtsextremismus.“

Vorbemerkung der Bundesregierung

Informationen über Treffen der Vertriebenenverbände werden vom Bundesamt für Verfassungsschutz in Anbetracht der Vorgaben der §§ 3 und 4 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) nicht systematisch erfasst.

1. Welche Pfingsttreffen welcher Vertriebenenverbände sind nach Erkenntnis der Bundesregierung in diesem Jahr in den Monaten Mai bis Juli geplant?

Nach Auskunft des Bundes der Vertriebenen sind in den Monaten Mai bis Juli dieses Jahres folgende Bundestreffen von Vertriebenenverbänden geplant:

Pommersche Landsmannschaft – 10. Mai bis 12. Mai

Siebenbürger Sachsen – 17. Mai bis 20. Mai

Sudetendeutsche Landsmannschaft – 18. Mai bis 19. Mai

Landsmannschaft der Banater Schwaben – 19. Mai

Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen – 19. Mai bis 20. Mai

Landsmannschaft der Bessarabiendeutschen – 2. Juni

Deutsch-Baltische Landsmannschaft – 7. Juni bis 9. Juni

Landsmannschaft Ostpreußen – 22. Juni bis 23. Juni

2. Werden in diesem Jahr auf diesen Treffen Vertreter der Bundesregierung als Festredner auftreten?

   Wenn ja, wer, bzw. wenn nein, warum nicht (bitte für jedes Treffen einzeln auflisten)?

Voraussetzung für eine Festrede ist eine Einladung. Einladungen liegen zz. von den Siebenbürger Sachsen und der Sudetendeutschen Landsmannschaft vor. Auf deren Treffen wird die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern, Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast, auftreten.

3. Welche dieser Pfingsttreffen werden aus Haushaltsmitteln der Bundesregierung direkt oder indirekt in welchem Umfang finanziell gefördert (bitte nach den jeweiligen Treffen bzw. kulturellen und anderen Veranstaltungen auf den Treffen, nach Art und Höhe der Förderung aufschlüsseln)?

Eine Förderung der Pflingsttreffen aus Haushaltsmitteln der Bundesregierung findet nicht statt.

4. Hat die Bundesregierung Hinweise auf rechtsextremistische Vorbereitungen, Werbungen und/oder Mobilisierungen zu diesen Pfingsttreffen?

   Wenn ja, welche (bitte detailliert nach den werbenden bzw. mobilisierenden Organisationen, Internet-Seiten, Zeitungen etc. auflisten)?

Konkrete Hinweise auf Aktivitäten von Rechtsextemisten mit Bezug zu „Pfingsttreffen“ von Vertriebenenverbänden sind dem Bundesamt für Verfas-

sungsschutz nicht bekannt. Auf den Internetseiten der rechtsextremistischen „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ und des Landesverbands Bremen sowie des Kreisverbands Essen der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) sind Hinweise auf das „Deutschlandtreffen der Ostpreußen“ vom 21. bis 23. Juni 2002 in Leipzig eingestellt.

5. Hat die Bundesregierung ggf. die Vertriebenenverbände auf diese rechtsextremistischen Vorbereitungen, Werbungen und/oder Mobilisierungen hingewiesen?

   Wenn ja, wann und in welcher Form?

   Wenn nein, warum nicht?

Nein. Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung und die Antwort zu Frage 4 wird hingewiesen.

6. Hat die Bundesregierung ggf. Kenntnis von Maßnahmen der Vertriebenenverbände, um solche Werbungen und/oder Mobilisierungen und das Auftreten von Rechtsextremisten zu unterbinden?

   Wenn ja, welche?

   Wenn nein, warum nicht?

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.

7. Kam es nach Erkenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren auf Pfingsttreffen der Vertriebenenverbände zu Äußerungen von Rednern, welche den „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ und die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze angriffen, oder zu anderen geschichtsrevisionistischen Äußerungen, zur Bagatellisierung des Holocausts und der deutschen Kriegsverbrechen im zweiten Weltkrieg?

   Wenn ja, von wem und auf welchen Treffen?

   Haben diese Äußerungen ggf. zu strafrechtlichen Ermittlungen geführt, und wenn ja, mit welchem Ergebnis (bitte für jedes Treffen einzeln auflisten)?

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.

8. Haben nach Erkenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren bekannte einzelne Rechtsextremisten bzw. rechtsextremistische Organisationen, Verlage und Parteien an Pfingsttreffen von Vertriebenenverbänden teilgenommen, sind dort an Ständen, durch Verbreitung ihrer Zeitungen und Zeitschriften, mittels Flugblätter und Transparenten, an Büchertischen, als Diskussionsteilnehmer oder als offizielle Redner aufgetreten?

   Wenn ja, um wen und welche Treffen handelt es sich (bitte für jedes Treffen einzeln auflisten)?

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen. Im Übrigen wird auf die Antworten der Bundesregierung zu den Fragen 4 und 6 der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS (Bundestagsdrucksache 14/8604) vom 20. März 2002 verwiesen.

9. Wie haben die Organisationen der Vertriebenen ggf. nach Kenntnis der Bundesregierung auf diese rechtsextremistischen Werbungen und Propaganda reagiert?

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen.

10. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung ggf. aus diesem wiederholten Auftreten von Rechtsextremisten auf diesen Pfingsttreffen der Vertriebenenverbände?

Im Hinblick auf das Fehlen von Erkenntnissen im Sinne der Frage können Konsequenzen nicht gezogen werden.

11. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausstrahlung dieser Pfingsttreffen auf Nachbarländer wie die Republik Polen und die Tschechische Republik, insbesondere im Hinblick auf einen kritischen Umgang mit der deutschen Gewaltpolitik in diesen Ländern während des Zweiten Weltkriegs und im Hinblick auf eine Politik der guten Nachbarschaft mit diesen Ländern?

Die Erinenrung an das Unrecht der Vertreibung und das Leben der Deutschen im Osten steht einem Gedenken an die Scham der von Deutschen in unseren östlichen Nachbarländern begangenen Verbrechen nicht entgegen. Die Abhaltung von Treffen der Vertriebenen und ein notwendiger kritischer Umgang mit der Gewaltpolitik des Dritten Reiches schließen sich begrifflich in keiner Weise aus. Gerade auch viele Vertriebene haben sich für eine Versöhnung mit den heute in ihren Herkunftsgebieten lebenden Menschen eingesetzt und tun dies auch weiterhin.

Die Rede des Bundeskanzlers, Gerhard Schröder, anlässlich des „Tages der Heimat“ am 3. September 2000 in Berlin, die dies deutlich zum Ausdruck brachte, fand wegen ihrer klar und eindeutig vorgetragenen Standpunkte zur Kriegs- und Nachkriegsgeschichte auch in den Nachbarstaaten allgemeine Beachtung und Anerkennung. Soweit auf Vertriebenentreffen einzelne Äußerungen fallen, die dem Geist der guten Nachbarschaft und einem wahrhaftigen Umgang mit der Vergangenheit entgegenstehen, wird dies in den Nachbarländern aufmerksam registriert und kommentiert, aber auch in den Gesamtkontext der Beziehungen zu Deutschland, einschießlich der offiziellen, eingeordnet. Eine grundsätzliche Gefährdung der Politik der guten Nachbarschaft ergibt sich aus solchen Äußerungen deshalb nicht.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333